



„Wenn etwas nicht ewig weitergehen kann, wird es aufhören“

Erstellt von William R. White

Einleitung

„Wenn etwas nicht ewig weitergehen kann, wird es aufhören“

Diese berühmte Beobachtung stammt von Herb Stein, Senior Fellow am American Enterprise Institute. Sie wurde vor allem deshalb bekannt, weil sie so offensichtlich ist. Nicht weniger offensichtlich ist jedoch, dass die öffentliche Ordnung im Allgemeinen auf der völlig gegenteiligen Annahme basiert, dass die Zukunft mehr oder weniger wie die Vergangenheit sein wird. Dies ist zutiefst bedauerlich, da sich viele der wichtigsten Systeme, von denen die Zukunft der Menschheit abhängt, nicht nachhaltig entwickeln. Sie drohen, aufzuhören. Die globalen Wirtschafts-, Politik-, Umwelt- und Gesundheitssysteme zeigen alle deutliche Anzeichen von Belastung und voraussichtlichem Zusammenbruch. Die Vier Reiter der Apokalypse sind deutlich zu sehen, wie sie zielstrebig in unsere Richtung reiten.

Wir haben zugelassen, dass der Bestand an globalen Schulden und der Bestand an Treibhausgasen auf ein Niveau angestiegen ist, das jetzt die wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit bedroht. Gleichzeitig haben wir den Vertrauensvorrat in die Regierungen – national wie international – in einem die Zukunft der Demokratie bedrohenden Ausmaß erodieren lassen. Schlimmer noch, diese Erosion bedroht unsere Fähigkeit, politische Lösungen für die anderen Probleme zu finden, mit denen wir konfrontiert sind, was wiederum einen weiteren Vertrauensverlust bedeutet.

Schließlich hat die Covid-19-Pandemie die öffentlichen Gesundheitssysteme in vielen Ländern bedroht. Die pauschale Absage an Wahlverfahren und die Androhung einer Triage sind tragischerweise zunehmend üblich. Außerdem hat die Pandemie enorme wirtschaftliche Kosten verursacht, die Kompetenz einiger gewählter Regierungen in Frage gestellt und die Aufmerksamkeit von Umweltfragen abgelenkt.

Diese systemübergreifenden Interaktionen implizieren, dass die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen, nicht darauf beschränkt ist, nur eines dieser bedrohten Systeme reparieren zu müssen. Wir müssen sie alle reparieren. Wie Tolstoi bemerkte: „Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich“. Er meinte, dass viele Bedingungen gleichzeitig erfüllt sein müssen, um glücklich zu sein. In ähnlicher Weise ist jedes unserer globalen Systeme ein komplexes, anpassungsfähiges System, das in die anderen Systeme eingebettet ist und von deren ordnungsgemäßem Funktionieren abhängig ist. Wenn wir also versuchen, ein System zu reparieren, müssen wir uns der Auswirkungen unserer Handlungen auf alle anderen Systeme bewusst sein.

Dies wird angesichts grundlegender Einschränkungen unseres Wissens über Ursache-Wirkungs-Beziehungen nicht einfach sein. Außerdem wird das Erreichen der erforderlichen Kompromisse bei den Zielen durch Beschränkungen in politischen Prozessen behindert, deren grundlegender Zweck darin besteht, solche Kompromisse zu ermöglichen. Die vielleicht größte Gefahr, die es zu überwinden gilt, wird die menschliche Neigung sein, die „schnelle und einfache Lösung“ anstelle dauerhafterer Lösungen zu wählen. Leider scheint die Evolution die Menschheit dazu gebracht zu haben, die Zukunft übermäßig zu vernachlässigen.

Diese Herausforderungen können überwunden werden, aber dazu bedarf es einer brutalen Klarheit über die Ernsthaftigkeit der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, und schließlich eine allgemeine Einigung über drei praktische Fragen. Erstens: Welche Herausforderungen für die Nachhaltigkeit sind bereits vorhanden oder können bereits als zukünftige Herausforderungen mit Zuversicht antizipiert werden? Kurz gesagt, auf welchem Weg befinden wir uns jetzt? Zweitens: Auf welche Art von nachhaltiger Gesellschaft, bestehend aus Systemen von Systemen, wollen wir für die Zukunft? Kurz gesagt, wohin wollen wir gehen? Drittens: Welche praktischen Schritte sind erforderlich, um von hier aus dorthin zu gelangen? Diese letzte Herausforderung umfasst nicht nur die Identifizierung dessen, was getan werden sollte, sondern erfordert auch die Überwindung der politischen Schwierigkeiten, die erforderlichen Änderungen tatsächlich herbeizuführen.

Auf welchem Weg sind wir jetzt?

In einem alten Witz verirrt sich ein Mann in den winzigen Straßen Irlands. Als er einen alten Mann auf einem Feld sieht, fragt er, wie er nach Dublin kommt. Und der alte Mann antwortet: „Wenn ich nach Dublin gehen wollte, würde ich nicht von hier aus gehen.“ Da komplexe Systeme abhängig vom Weg sind, ist der Ausgangspunkt leider immer „hier“. Und wir sind bereits auf einem schlechten Weg.

Einige aufkommende Probleme erhielten bereits vor der Pandemie zunehmende Aufmerksamkeit. Es gab wachsende Besorgnis über die Klimaerwärmung und noch umfassendere Bedenken hinsichtlich der Zerstörung der Umwelt. Viele stellten fest, dass komplexe Systeme „Kippunkte“ haben, an denen Veränderungen irreversibel werden. Darüber hinaus wurden überzeugende Beweise dafür vorgelegt, dass ein solcher Zeitpunkt nahe genug zu sein schien, um Maßnahmen zu rechtfertigen, die solchen Ergebnissen entgegenwirken. Ebenso waren viele Menschen ernsthaft besorgt über einen politischen Wendepunkt, bei dem das Vertrauen in die demokratische Regierung durch den Wunsch nach autokratischer Herrschaft ersetzt wird. Es wurde befürchtet, dass ein solcher Übergang, der teilweise durch den Wunsch motiviert ist, den Einfluss der Eliten (der „Volksfeinde“) zu verringern, leicht in einen regelrechten Faschismus münden könnte. Man war immer mehr dazu bereit, zuzugeben, dass die zunehmende Ungleichheit, nicht nur hinsichtlich Einkommen und Vermögen, sondern auch Chancenungleichheit die politische Unzufriedenheit schürte.

Was vor der Pandemie weniger geschätzt wurde, war die zunehmende Gefährdung

kapitalistischer Volkswirtschaften gegenüber Risiken, die durch ihre eigene Politik geschaffen worden waren. Infolgedessen hatte der Patient Wirtschaft schon vor Eintreffen der Pandemie schwere Erkrankungen oder zeigte Symptome. Neben der wachsenden Ungleichheit war das gravierendste dieser Symptome der anhaltende Anstieg der Verschuldung. Nach Schätzungen des International Institute of Finance betrug die globale Schuldenquote am Vorabend der Pandemie 321 %. Dies waren 40 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2008 kurz vor der großen Finanzkrise und ein dreimal so hoher Wert wie in den frühen 1980er Jahren.

Der gravierendste politische Fehler bestand darin, sich Zyklus für Zyklus auf geldpolitische Lockerungen zu verlassen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wiederherzustellen und das künftige Wachstum anzukurbeln. Leider funktionierte dieser Prozess durch Ermutigung des privaten Sektors, Schulden aufzunehmen, um die Ausgaben zu stützen, doch diese Ausgaben waren oft unproduktiv. Im Laufe der Zeit wirkten die steigenden Schuldenstände dann als „Gegenwind“, der die Ausgaben bremste. Vielleicht weniger überraschend war die Reaktion der Zentralbanken eine entsprechend aggressivere Lockerung in Abschwungphasen. Da dies nie durch gleichwertiges Straffen bei Aufschwüngen erreicht wurde, wurden die Zinsen schließlich auf null und sogar darunter gesenkt. Kurzum war die Wirksamkeit der Geldpolitik bei der Abwehr negativer Schocks schon vor der Pandemie höchst fragwürdig geworden.

Auch die vorherzusehende Ineffektivität der geldpolitischen Lockerungen war nicht die einzige Sorge. Die Lockerungen in der Vergangenheit stellten auch eine Bedrohung für die zukünftige Finanzstabilität dar, indem sie die Kreditmargen der Finanzinstitute drückten und zu unvorsichtigem Verhalten bei der Suche nach Renditen förderten. Wie der IWF in seinem Global Financial Stability Report vom Oktober 2020 formulierte: „Finanzielle Anfälligkeiten nehmen zu und gefährden die mittelfristige makrofinanzielle Stabilität und das Wachstum“. Schließlich, als wäre die finanzielle Instabilität nicht genug, trug schnelles Geld zum Überleben alter, aber ineffizienter „Zombie“-Unternehmen bei und förderte die schwerwiegende Fehlallokation neuer Ressourcen. Diese Faktoren drohen nun, das Potenzialwachstum und die Fähigkeit, Schulden zu bedienen, in Zukunft einzuschränken.

Weniger gravierend, aber immer noch bedeutsam war das Problem der asymmetrischen Fiskalpolitik in den Industrieländern. Dadurch stiegen die Staatsschuldenquoten fast überall an. Unter dem Einfluss automatischer Stabilisatoren und, gelegentlich, diskretionärer Lockerungen stiegen die Defizite immer, wenn sich die Wirtschaft verlangsamte. Im Aufschwung durften die Überschüsse jedoch selten symmetrisch ansteigen. Das traditionelle Ziel, die ungewöhnlich hohen Schuldenquoten zu senken, um fiskalischen Spielraum für die Reaktion auf Kriege, Pandemien und Naturkatastrophen zu schaffen, wurde durch ein weniger schwieriges Gebot ersetzt. Erforderlich war lediglich eine ausreichende Disziplin, um einen weiteren Zugang zu Marktfinanzierungen zu ermöglichen. Tatsächlich war dieser Zugang für die meisten Länder vor der Pandemie intakt geblieben, aber zumindest in einigen Ländern kamen bereits ernsthafte Bedenken hinsichtlich des zukünftigen Zugangs auf. Die Schwierigkeiten, mit denen staatliche Kreditnehmer in einigen Peripherieländern während der europäischen Krise konfrontiert waren, waren für andere ein besorgniserregender Präzedenzfall.

Die Pandemie hat viele dieser unerwünschten Trends erheblich verschärft. Die Ungleichheit hat sich verschärft, da die erwerbstätigen Armen am stärksten betroffen sind, sowohl vom Virus als

auch von den Maßnahmen, die ergriffen wurden, um es zu einzudämmen. Sowohl die private als auch die öffentliche Verschuldung sind als Reaktion auf das stark nachlassende Wirtschaftswachstum und eine massive geld- und fiskalpolitische Lockerung, um den Schaden zu mildern, erheblich gestiegen. Da das Produktionsniveau gesunken und der Schuldenstand gestiegen ist, ist das Verhältnis von Schulden zum BIP nicht nur auf Rekordniveau gestiegen, sondern in einem in der Geschichte noch nie dagewesenen Tempo.

Leider wird der schlechte Weg, auf dem wir uns derzeit befinden, auch von Kräften beeinflusst, die das Wachstum in Zukunft sehr wahrscheinlich bremsen werden. Der IWF prognostiziert, dass das BIP in den fortgeschrittenen Marktwirtschaften (AMEs) und den Schwellenländern (EMEs) bis Ende 2021 fast 5 Prozent bzw. 8 Prozent unter dem Niveau vor der Pandemie liegen wird. Kräfte, die das zukünftige Wachstum bremsen, werden es schwieriger machen, diesen verlorenen Boden zurückzugewinnen. Vor allem wird das langsamere Wachstum den Schuldendienst erschweren und die Mittel einschränken, die ansonsten zur Verbesserung der Inklusion und zur Reaktion auf Umweltherausforderungen verwendet werden könnten.

Die größte Sorge, die das zukünftige Wachstum beeinflusst, werden die anhaltenden Auswirkungen der Pandemie sein. Die epidemiologische Standardtheorie besagt, dass etwa 60 Prozent der Bevölkerung immun sein müssen, bevor eine „Herdenimmunität“ erreicht wird. Einzelpersonen können (hoffentlich zumindest eine Zeit lang) durch eine Infektion oder durch eine Impfung immun werden. Der Anteil der bereits infizierten Bevölkerung beträgt bei weitem nicht 60 Prozent, und das Versprechen der jüngsten Impfstoffdurchbrüche wird eingeschränkt durch die Sorgen um die Annahme und logistische Probleme. Dies impliziert, dass die Angst vor einer Infektion die zukünftige Wirtschaftstätigkeit weiterhin einschränken könnte, selbst wenn die Regierungen die Regeln zum Social Distancing lockern.

Ein zweites Anliegen hängt eng mit dem ersten zusammen. Social Distancing hat andere bereits im Gange befindliche Trends beschleunigt. Selbst mit einem wirksamen Impfstoff wird das Arbeiten von zu Hause und aus der Ferne wahrscheinlich dauerhaft verbreiteter sein. Unternehmen werden nun mehr Wert auf Resilienz in der Produktion legen und weniger auf Effizienz. Die wirtschaftlichen Gewinne aus der Globalisierung werden abnehmen. Darüber hinaus werden Unternehmen, die auf Enabling-Technologien angewiesen sind, auf Kosten von Dienstleistungssektoren wie Reise- und Freizeitaktivitäten, die auf eine enge menschliche Interaktion angewiesen sind, wachsen. Die relativen Preise werden sich verschieben, was die Notwendigkeit einer Ressourcenumschichtung und einen „vorübergehenden“ Anstieg der friktionellen Arbeitslosigkeit impliziert, der durchaus noch einige Zeit andauern könnte.

Eine dritte Sorge betrifft die Demografie. In den letzten dreißig Jahren stieg die globale Produktion unter dem Einfluss vieler Schwellenländer, nicht zuletzt Chinas, welches wieder in die Weltwirtschaft eine Rolle spielt. In den AMEs steigerten Babyboomer und die steigende Erwerbsquote von Frauen die Angebotskapazität. Diese Kräfte führten zu einer erhöhten Einkommensungleichheit in AMEs (da die Arbeitnehmer ihre Verhandlungsmacht verloren), förderten die Disinflation und senkten wiederum die Zinssätze. Diese Kräfte neigen nun dazu, sich umzukehren, wobei ein langsames Wachstum des Potenzials und möglicherweise eine höhere Inflation unglückliche Nebenprodukte sind. Positiv ist, dass die Einkommensungleichheit tendenziell abnehmen wird.

Eine vierte Bedrohung für das zukünftige Wachstum geht von der globalen Erwärmung und anderen Umweltschäden aus. Auch wenn sich die Minderungsbemühungen als weitgehend erfolgreich erweisen, wird sich die Anpassung an unvermeidbare Veränderungen als sehr kostspielig erweisen. Investitionen zum Schutz vor dem Anstieg des Meeresspiegels sind beispielsweise Investitionen, die für andere wachstumsfördernde Zwecke nicht zur Verfügung stehen. Klimabedingte Migration wird weitere wirtschaftliche und politische Herausforderungen mit sich bringen.

Dagegen verspricht ein fünfter Aspekt, die Digitalisierung, ein deutlich schnelleres und vielleicht noch umweltfreundlicheres Wachstum. Das Potenzial für ein schnelles Produktivitätswachstum in Hightech-Sektoren ist bereits klar, aber es ist weniger klar, dass andere Sektoren gleichermaßen profitieren können. Selbst im Hightech-Sektor hinken viele Firmen den Spitzenreitern hinterher. Darüber hinaus gibt es einige gravierende Nachteile der Digitalisierung. Zum einen droht eine verstärkte sektorale Konzentration und schließlich die Ausübung monopolistischer und monopsonistischer Macht sowie politischer Einflussnahme. Ein weiteres, eng damit verbundenes Problem könnte die zunehmende Ungleichheit sein, da die digitale Kluft zwischen „haben“ und „nicht haben“ wächst und zunehmende Skalenerträge bedeuten, dass die „Gewinner alles bekommen“.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unser Ausgangspunkt nicht der Ort ist, an dem wir sein möchten. Wir sind auf einem schlechten Weg. Es gibt bereits starke Gründe für die Annahme, dass unsere Umwelt-, Politik-, Wirtschafts- und Gesundheitssysteme einem Grad an Belastung ausgesetzt sind, der zu einem Systemzusammenbruch führen könnte. Schließlich lassen sich weitere Bedrohungen für das künftige Wachstum ausmachen, die das Wirtschaftswachstum verlangsamen und bestehende Spannungen in anderen Systemen verschärfen. Wir brauchen erhebliche strukturelle Veränderungen, um von unserem eingeschlagenen Weg abzuweichen und auf einen nachhaltigeren zu gelangen. Leider werden viele dieser Änderungen nicht schön sein, insbesondere in Bezug auf eigennützige Interessen.

Aus vergangener Erfahrung kann geschlossen werden, dass ein erhebliches Risiko besteht, dass Regierungen sich dagegen entscheiden werden, diese notwendigen Änderungen vorzunehmen, sondern stattdessen „noch mehr der gleichen Politik“ umsetzen werden, welche diese systemischen Risiken überhaupt erst ermöglicht hat. Aus praktischer Sicht steigt die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschieht, mit der wahrgenommenen Plausibilität von Argumenten, die darauf hindeuten, dass es für aktuelle Probleme einfache Lösungen gibt und nicht nur unangenehme. Heute scheint die einfache Antwort zu lauten, dass Regierungen „ausgeben und drucken“ sollten, um ihre verschiedenen Ziele zu verfolgen. Fiskalische Anreize sollten direkt von den Zentralbanken finanziert werden. Es gibt Gründe, warum diese einfache Antwort plausibel klingen mag, aber dies birgt auch Gefahren.

Ein plausibilisierender Punkt ist, dass „Ausgeben und Drucken“ ohne weiteres als Erweiterung dessen angesehen werden kann, was bereits seit 2009 im Gange ist. In den Industrieländern sind die Staatsschulden erheblich gestiegen, während sich die Bilanzen der Zentralbanken unter dem Einfluss der quantitativen Lockerung massiv ausgeweitet haben. Obwohl diese expansiven Maßnahmen nicht bewusst gesteuert wurden, war das Ergebnis letztendlich das Gleiche. In der Bilanz der Zentralbank sind mehr Staatsschulden aufgetaucht. Darüber hinaus hat dieses

Ergebnis weder zu einer höheren Inflation noch zu höheren Zinsen geführt. Das Fehlen solcher unerwünschter Ergebnisse und die Konfrontation mit der wahrgenommenen Notwendigkeit makroökonomischer Anreize bieten ein Argument dafür, „noch mehr vom Gleichen“ zu tun. Das bedeutet, dass wir den ultralockeren Kurs der Geldpolitik beibehalten, ihn aber mit einer fiskalischen Expansion statt einer Kontraktion kombinieren sollten. Dies würde das ohnehin andauernde Wachstum der Staatsverschuldung nur beschleunigen.

Die Plausibilität von „Ausgeben und Drucken“ wird durch den Bezug auf historische Erfahrungen in Japan und auf die moderne Geldtheorie weiter erhöht. Japan verfolgt eine solche Politik seit Jahrzehnten ohne ernsthafte Nebenwirkungen. Die moderne Geldtheorie, wie sie in „The Deficit Myth“ von Stephanie Kelton beschrieben wird, legt nahe, dass die von der Zentralbank finanzierten Staatsschulden unbegrenzt steigen können, solange die Inflation nicht steigt. Sollte die Inflation steigen, können Steuererhöhungen verwendet werden, um dieser Beschleunigung entgegenzuwirken.

Auch die Gegenargumente zu „Ausgeben und Drucken“ berufen sich sowohl auf historische Erfahrung als auch auf ökonomische Theorien. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass die Wirtschaft ein komplexes, adaptives System ist, das Kippunkten unterliegt. So konnte „Ausgeben und Drucken“ über einen längeren Zeitraum andauern, bevor die schädlichen Auswirkungen möglicherweise ganz plötzlich auftreten. Eine erneute Krise des Finanzsystems könnte ein wahrscheinliches Ergebnis sein. Auch Peter Bernholz dokumentiert in „Monetary Regimes and Inflation“ viele historische Beispiele, die in hoher Inflation und manchmal sogar Hyperinflation gipfelten. In einem in den 1980er Jahren verfassten Aufsatz präsentieren Sargent und Wallace eine Theorie der Funktionsweise dieses Prozesses. Der zunehmende Rückgriff der Regierungen auf Zentralbankfinanzierungen lässt Ängste vor einer fiskalischen Dominanz und einer höheren Inflation aufkommen. Wenn sich Zentralbanken durch höhere Zinsen widersetzen, werden erhöhte Schuldendienstanforderungen und Ängste vor einer fiskalischen Dominanz verschärft. Wenn sich die Zentralbank nicht widersetzt, schürt dies direkt die Inflationserwartungen. In jedem Fall besteht die Möglichkeit eines Teufelskreises, der zur Währungsflucht führt, was die Inflation weiter verschärft. Und der Rest ist, wie man sagt, Geschichte. Die Möglichkeit eines solchen disruptiven Ergebnisses verlangt nach weiterer Unterstützung für strukturelle Veränderungen, die uns auf einen nachhaltigeren Weg bringen.

Wo wollen wir hin?

Der Unternehmensberater Tom Peters witzelte einmal: „Wer nicht weiß, wohin er will, der darf sich nicht wundern, wenn er ganz woanders ankommt.“ Das Ziel, das wir anstreben, zeichnet sich durch Nachhaltigkeit in allen wichtigen Systemen aus, die für die Zukunft des menschlichen Lebens benötigt werden.

In den letzten Jahrzehnten wurde der ökologischen Nachhaltigkeit große Aufmerksamkeit geschenkt. Die größte Aufmerksamkeit wurde der Notwendigkeit gewidmet, den Anstieg der globalen Temperatur auf einen Anstieg von 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Aber auch eine ganze Reihe anderer Probleme wie die Versauerung der Meere und der Verlust der Biodiversität gerieten in den Fokus der Aufmerksamkeit, wenn auch mit

weniger genauen quantitativen Zielvorgaben.

Politische Nachhaltigkeit, zumindest die Nachhaltigkeit der demokratischen Ordnung, verlangt eine Wiederherstellung des

Vertrauens in die Regierung. Die Menschen müssen wieder davon überzeugt werden, dass „die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“ nicht „von der Erde verschwunden“ ist. Der Wiederaufbau des Vertrauens setzt voraus, dass eine Welt geschaffen wird, in der die Verteilung von Einkommen, Vermögen und vor allem Chancen weniger ungleich ist, als dies derzeit in vielen Ländern der Fall ist. Dies impliziert auch Beschränkungen des übermäßigen Einflusses von eigennützigem Interessen an politischen Prozessen. Sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene könnten neue Verfahren (z. B. kollaborative Demokratie, Bürgerräte usw.) dazu beitragen, wirksame Kompromisse zum Ausgleich unterschiedlicher Positionen und Interessen zu gewährleisten.

Wirtschaftliche Tragfähigkeit ist nicht mit ständig steigenden Schuldenquoten vereinbar, es sei denn, diese Zunahme der Verschuldung geht mit einer Erhöhung der produktiven Investitionen einher, um die Bedienung dieser Schulden zu unterstützen. Schulden erhöhen die Fragilität in praktisch allen Naturzuständen. Eine nachhaltigere Wirtschaft würde mehr Investitionen und weniger Konsum fördern. Die Finanzierung würde auch mehr Eigenkapital und Risikoteilung beinhalten und weniger auf Fremdkapital und Leverage angewiesen sein. Vor allem würden Geld- und Fiskalpolitik künftig symmetrischer betrieben, um zu verhindern, dass sich private und öffentliche Schuldenbestände auf ein Niveau anhäufen, das das künftige Verhalten ernsthaft einschränkt. Auf struktureller Ebene würde eine nachhaltige Wirtschaft den einfachen Ein- und Ausstieg von Unternehmen erleichtern, um den Wettbewerb und einen dynamischen Innovationsprozess zu fördern.

Die Covid-19-Pandemie hat Schwachstellen in unseren aktuellen öffentlichen Gesundheitssystemen (hauptsächlich Krankenhäuser und Pflegeheime) aufgezeigt, die zeitweise fast überfordert waren. Ein nachhaltigeres System wäre für zukünftige Pandemien gerüstet, die wahrscheinlich aus artenübergreifenden Kreuzungen von Krankheitserregern entstehen werden. Mindestens sieben solcher Kreuzungen wurden seit der Jahrtausendwende identifiziert, und es wäre naiv zu glauben, dass dieser Prozess beendet ist. Außerdem würden die öffentlichen Gesundheitsbehörden der Vorbeugung von Krankheiten viel mehr Aufmerksamkeit schenken als der Behandlung, sobald sie entdeckt wurden. Es ist zum Beispiel bekannt, dass eine bessere Ernährung und Bewegung Fettleibigkeit und das Auftreten von Diabetes, Herzerkrankungen und vielen anderen Krankheiten reduzieren können. Eine bessere Hygiene bietet enorme Vorteile. Mehr Krankheitsprävention würde das Wohlergehen der Menschen direkt erhöhen und auch Ressourcen für andere Zwecke freisetzen.

Wie gelangen wir vom aktuellen Weg zu unserem Ziel?

Wir stehen an einem Scheideweg. Wie Yogi Berra einmal sagte: „Wenn du an einen Scheideweg kommst, nimm ihn“. Vor allem müssen wir die Notwendigkeit erkennen, alte Überzeugungen und Annahmen zu hinterfragen, die unsere Handlungsbereitschaft einschränken. Wie Mark Twain einmal sagte: „Es sind nicht die unbekanntesten Dinge, die einen antreiben. Es sind die Dinge, bei denen man sicher ist, dass sie nicht so sind.“

Um Nachhaltigkeit in allen Systemen zu erreichen, auf die die Menschheit heute angewiesen ist, bedarf es einer Vielzahl von Veränderungen. Wie bereits erwähnt, wird es schwierig sein, Verbesserungen einzelner Systeme zu fördern und gleichzeitig die Nachhaltigkeit dieser interagierenden Systeme als Ganzes zu erhalten. Zu der analytischen Herausforderung gesellt sich zudem eine noch größere politische Herausforderung.

Jede der unten vorgeschlagenen Änderungen wird als wirtschaftlich kostspielig oder auf andere Weise für einige eigennützige Interessen und möglicherweise für einige mächtige Interessen als unangenehm empfunden.

Als erste Voraussetzung benötigen wir einen Paradigmenwechsel in unserem Denken über die Welt. Vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften muss akzeptiert werden, dass die Wirtschaft ein komplexes, adaptives System mit ähnlichen Eigenschaften wie andere solche Systeme ist, die sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft umfassend untersucht wurden. Am wichtigsten ist vielleicht, dass akzeptiert werden muss, dass Veränderungen, die Systeme betreffen, sowohl kurzfristige als auch längerfristige Folgen haben und dass Menschen dazu neigen, letztere zu ignorieren. Darüber hinaus muss akzeptiert werden, dass diese Systeme interagieren. Systemdenken muss Silodenken ersetzen.

Diese Transformationen werden nicht leicht zu erreichen sein. Thomas Kuhn hat beschrieben, wie schwierig es ist, in normalen Zeiten Paradigmenwechsel in der Wissenschaft zu erreichen. Daniel Kahneman hat dokumentiert, wie dies in anormalen Zeiten noch schwieriger wird, wenn unerwartete Ereignisse zu einer immer verzweifelteren Annahme bisheriger Überzeugungen führen. Was den Rückzug vom Silodenken anbelangt, haben Akademiker seit Jahrzehnten Erfolg damit, „das Loch tiefer zu graben“. Multidisziplinäres Denken wird immer beliebter, bleibt aber für die meisten eine Randbeschäftigung.

Um ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, sind viele Veränderungen erforderlich, eine zu starke Klimaerwärmung zu vermeiden, ist dabei jedoch unerlässlich. In der Praxis wird es entscheidend sein, die staatlichen Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen. Diese belaufen sich nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur auf 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Außerdem schlägt der IWF die Notwendigkeit einer globalen CO₂-Steuer von 75 US-Dollar pro Tonne CO₂ vor. Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungs-Kriterien (ESG) für zukünftige Investitionen müssen besser definiert und angewendet werden, was möglicherweise sogar Einfluss auf die Investitionsentscheidungen der Zentralbanken in Bezug auf akzeptable Sicherheiten für Kreditvergaben und den Erwerb von Vermögenswerten im Rahmen der quantitativen Lockerung (QE) hat. Auch die Auswirkungen auf Stranded Assets (angegebene Reserven an fossilen Brennstoffen, die nicht genutzt werden können) und auf die Finanzstabilität müssen direkt angesprochen werden. Dies dürfte eine gewisse Abwanderung von nicht tragbaren Schulden des privaten Sektors in die Bilanzen des öffentlichen Sektors mit sich bringen.

Die Hauptkomplikation, aber keineswegs einzige, besteht darin, dass sich viele dieser Maßnahmen als regressiv erweisen werden. Die Erfahrungen in Frankreich und Chile sowie anderswo zeigen, dass dies zu weit verbreiteten politischen Unruhen führen könnte. Ein Lösungsvorschlag, der bereits in einer Petition von Tausenden von Ökonomen in den USA befürwortet wurde, besteht darin, dass ein erheblicher Teil der Steuereinnahmen gezielt

progressiv an die Steuerzahler überwiesen wird.

Der Umgang mit Fragen der Inklusivität, um die politische Nachhaltigkeit zu unterstützen, erfordert Veränderungen sowohl in der privaten Praxis als auch in der öffentlichen Ordnung. Unternehmen (insbesondere in den USA) müssen die beträchtliche Kluft verringern, die zwischen der Vergütung der Geschäftsleitung und der anderer bezahlter Angestellter entstanden ist. Überdacht werden muss auch die „Bonuskultur“, welche die Geschäftsleitung ermutigt hat, Investitionen zu kürzen und die Kreditaufnahme von Unternehmen zu erhöhen, um Barmittel zu beschaffen. Diese Barmittel wurden dann zur Finanzierung von Aktienrückkäufen verwendet, welche die Aktienkurse und den Wert von Optionen erhöhen, die von der Geschäftsleitung gehalten werden. Zu begrüßen wäre auch eine Überprüfung des Gleichgewichts zwischen den Interessen der Anteilseigner und den Interessen der Stakeholder. Absichtserklärungen der Unternehmensleitung sind durch eine Prüfung der tatsächlichen Veränderungen in der Praxis zu verifizieren.

Um das Vertrauen der Wähler wiederherzustellen, müssen die Regierungen Gesetze erlassen, die mehr Einkommens- und Vermögensgleichheit fördern. Hilfreich wäre eine Änderung des Steuersystems sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene, um unfaire Unternehmenssubventionen zu kürzen. Ebenso würden die internationale Zusammenarbeit und der internationale Datenaustausch dazu beitragen, Steuerhinterziehung einzudämmen. Es werden explizite Maßnahmen erforderlich sein, um die Lobbyarbeit mächtiger und gut finanzierter Interessengruppen zu stoppen. Progressive steuerliche Maßnahmen wie Vermögens- und Erbschaftssteuern, eine stärkere Besteuerung von Kapitalgewinnen und die Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen sollten in Betracht gezogen werden. Bei so niedrigen Zinsen und entsprechend gestiegenem Vermögen reicherer Bürger könnte der politische Widerstand gegen solche Steuermaßnahmen vorübergehend geringer ausfallen.

Auch das Mindestlohngesetz sollte überdacht werden. Außerdem sollten Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer und nicht für Unternehmen ausgebaut werden, ebenso wie die Ausbildung und das lebenslange Lernen. Das Kartellrecht sollte sowohl verschärft als auch rigoroser durchgesetzt und die vertragliche Befugnis der Unternehmen, die künftige Mobilität ihrer Mitarbeiter einzuschränken, begrenzt werden. Schließlich würde die Ausarbeitung von Insolvenzgesetzen, die Schuldner stärker und Gläubiger, einschließlich Bankiers, weniger unterstützen, nicht nur dazu beitragen, das politische Klima zu ändern, sondern könnte auch das zukünftige Wachstum begünstigen

Der Umgang mit dem aktuellen Schuldenüberhangproblem und die Erreichung der Schuldentragfähigkeit könnten theoretisch auf verschiedene Weise erreicht werden. In der Praxis sind die Alternativen jedoch viel eingeschränkter. Sparmaßnahmen für eine ganze Volkswirtschaft und nicht für einen einzelnen Haushalt führen zu Keynes' „Sparparadoxon“ und sind eigentlich kontraproduktiv. Ein schnelleres Realwachstum ist angesichts eines Schuldenüberhangs fast unmöglich, obwohl Strukturreformen zur Stärkung des zugrunde liegenden Potenzials erforderlich und zu begrüßen sind. Eine höhere Inflation würde helfen, aber nur, wenn gleichzeitig die Zinsen niedrig gehalten werden könnten. Diese Art der „finanziellen Repression“, mit der nach dem Zweiten Weltkrieg

die Schuldenlast reduziert werden konnte, scheint in der modernen Welt weit weniger zu funktionieren.

Diese Mängel weisen auf die Notwendigkeit einer expliziten Umschuldung oder sogar eines vollständigen Erlasses hin. Es fehlen jedoch die dafür erforderlichen administrativen und gerichtlichen Mechanismen, welche noch eingeführt werden müssten. In den letzten Jahren haben die Working Party on Macro-Economic and Structural Policy Analysis der OECD und die Group of Thirty umfangreiche Dokumentationen zu aktuellen Defiziten und Verbesserungsvorschläge veröffentlicht. Die Verfahren zur Lösung von Schuldenproblemen im Unternehmens- und Haushaltssektor müssen verbessert werden. Nicht zuletzt müssen „Zombie“-Unternehmen saniert werden, statt wie derzeit „Evergreen Loans“ zu erhalten. Tatsächlich haben Maßnahmen zur Senkung der wirtschaftlichen Kosten der Pandemie dieses Problem stark verschärft. Die Verfahren zur Abwicklung von Insolvenzen im Finanzsektor sind noch unzureichender. Das Problem der Banken, die „too big to fail“ sind, muss definitiv angegangen werden. Wir brauchen auch anerkannte Grundsätze für die Restrukturierung von Staatsschulden. Tatsächlich gibt es, wie wir kürzlich während der europäischen Finanzkrise gesehen haben, nicht einmal Beschränkungen bei der Vergabe neuer Kredite an Länder, die bereits faktisch bankrott sind.

Ein häufiges Problem ist die Tendenz, zu behaupten, dass Akteure eher illiquide als zahlungsunfähig sind. Diese Verwirrung war zentral für den wiederholten Rückgriff auf geldpolitische Lockerungen sowohl während als auch nach Finanzkrisen. Es scheint immer wahrscheinlicher, dass die Geldpolitik nun mehr schadet als nützt. Daher sollte die Geldpolitik so schnell wie möglich „normalisiert“ werden. Angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass dies einen „Tobsuchtsanfall“ an den Finanzmärkten auslöst, muss diese Straffung offensichtlich sehr vorsichtig erfolgen. Hoffentlich würden im Voraus ergriffene Maßnahmen zur geordneten Lösung der Schuldenprobleme die Kosten eines solchen ungeordneten Ergebnisses senken.

Die derzeitigen Haushaltsdefizite in vielen Ländern sind hoch und tragen zu den bereits hohen Schuldenständen bei. Dennoch sollte diese Haltung beibehalten werden, bis eine robuste Konjunkturerholung im Gange ist oder der Marktzugang gefährdet erscheint. Durch die Aufnahme von Krediten zu niedrigen Zinssätzen über lange Laufzeiten können Staaten einen erhöhten Schuldendienst weit in die Zukunft hinausschieben. Darüber hinaus könnten Regierungen dazu beitragen, die „Geduld“ der Finanzmärkte noch weiter auszudehnen, indem sie ihre feste Absicht deutlich machen, die Haushaltsordnung in der Zukunft wiederherzustellen, und Anleitungen zu den dafür erforderlichen Maßnahmen bereitstellen.

Das Fortbestehen der Covid-19-Pandemie wird eine ernsthafte Bedrohung für den Übergang zu nachhaltigeren Systemen darstellen. Die schnelle Entwicklung wirksamer Impfstoffe war ein Triumph für die Wissenschaft, aber nicht alle Bedenken wurden aus dem Weg geräumt. Der Grad und die Dauer der Immunität, die von den verschiedenen Impfstoffen verliehen wird, muss noch bestimmt werden, insbesondere im Hinblick auf mögliche Virusmutationen. Außerdem bleiben logistische Herausforderungen bei der Verteilung der Impfstoffe bestehen, insbesondere auf globaler Ebene. Schließlich könnten sich die falschen Überzeugungen der Impfgegner

durchaus als resistent gegen Gegenargumente erweisen; Infolgedessen könnte der Anteil der Bevölkerung, der sich für eine Impfung entscheidet, geringer sein als gewünscht. Kurzum, wir sind zwar eindeutig auf dem Weg zur „Herdenimmunität“, aber noch lange nicht am Ziel.

Die Notwendigkeit, mit dem Virus zu leben und die damit verbundene Krankheitsgefahr impliziert, dass das Social Distancing, sei es von der Regierung auferlegt oder freiwillig, noch einige Zeit andauern wird. Leider ist das Social Distancing mit erheblichen Kosten verbunden. Am offensichtlichsten sind die volkswirtschaftlichen Kosten, die durch erschwerte Produktion und Ausgaben entstehen. Die erhebliche globale Rezession, die wir bereits erlebt haben, könnte sich leicht verschlimmern, sollte eine Schuldendeflationsdynamik einsetzen. Auch die sozialen Kosten durch familiäre Gewalt und vermehrte Selbstmorde werden immer deutlicher. Die Gesundheitskosten in Form von versäumten Diagnosen, versäumten Behandlungen und versäumten Impfungen geben zunehmend Anlass zur Besorgnis.

Probleme mit der psychischen Gesundheit, die mit sozialer Isolation einhergehen, erhalten gerade erst die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Schließlich gibt es verteilungspolitische und politische Implikationen. Es ist anzumerken, dass People of Colour, schlechter bezahlte Arbeitnehmer und Frauen einen überproportional hohen Anteil an diesen anderen Kosten zu tragen scheinen. In Übereinstimmung mit der obigen Beleuchtung der Probleme der Inklusion verstärken diese Verteilungsungleichheiten das Misstrauen gegenüber der Regierung und bedrohen die politische Instabilität weiter.

Was kann getan werden, um die Angst vor persönlichem Schaden, die zum Social Distancing motiviert, und alle damit verbundenen Kosten zu verringern? Die gefühlte Gefahr von Personenschäden ist das Produkt der Angst vor einer Ansteckung und der Angst vor schwerwiegenden Folgen (sogar dem Tod) nach einer Infektion. Beides kann durch die öffentliche Ordnung reduziert werden.

Beides könnte zumindest bei einem Teil der Bevölkerung reduziert werden, indem den am stärksten gefährdeten Personen und denen, die sich um sie kümmern, vorrangigen Zugang zu Impfstoffen gewährt wird. Dies scheint zu passieren. Zudem könnten Ängste vor einer Ansteckung bei den Nicht-Geimpften durch verstärkte Maßnahmen zum Testen und Nachverfolgen und durch den verstärkten Einsatz von Vor-Ort-Tests (Antigentests) abgebaut werden, um den Zugang zu Dienstleistungen wie Konzerten, Flugreisen usw. zu ermöglichen. Die Angst vor schwerwiegenden Folgen durch eine Infektion könnte durch eine bessere Behandlung, bessere Medikamente und die Gewissheit, dass ausreichende Mittel für das Gesundheitssystem ausgegeben werden, damit Erkrankte stets versorgt werden, verringert werden.

Auch wenn die Kosten dieser Maßnahmen hoch erscheinen mögen, würden sie sich in Bezug auf die durch Social Distancing vermiedenen Kosten um ein Vielfaches amortisieren. Offensichtlich würde das Gesundheitssystem, wenn sich die Gesellschaft der Herdenimmunität gegen Covid-19 nähern und der Bedarf an Krankenhausversorgung abnehmen würde, deutlich unter der Kapazitätsgrenze bleiben. Dieses Ergebnis ist nicht zu verachten. Maßnahmen wie die Schließung von „Wet Markets“ und der Schutz natürlicher Lebensräume vor dem Eindringen des Menschen werden die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Übertragung von Krankheitserregern von Tieren auf den Menschen verringern. Allerdings

sind sich die Wissenschaftler einig, dass zukünftige Pandemien unvermeidlich sind. Die Überkapazitäten von heute werden schließlich der entscheidende Beitrag zur Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems von morgen sein.

Auf dem Weg zu Veränderungen

Der kanadische Ökonom J. K. Galbraith witzelte einmal: „Politik ist nicht die Kunst des Möglichen. Sie besteht darin, zwischen dem Katastrophalen und dem Ungenießbaren zu wählen“. Um den aktuellen Weg zu verlassen und einen Weg zu beschreiten, der uns zu unserem gewünschten Ziel führt, wird eine Politik erforderlich sein, die den Reichen und politisch Mächtigen innerhalb der Nationalstaaten und auch den mächtigen Nationalstaaten selbst ungenießbar erscheint. Wie können die Mächtigen davon überzeugt werden, das Richtige für das Gemeinwohl zu tun?

Auf nationaler Ebene ist Eigeninteresse immer ein guter Anfang. Die wirtschaftlich Mächtigen müssen davon überzeugt werden, dass der gegenwärtige Zustand politisch nicht tragbar ist. Neuere Forschungen zeigen überzeugend, dass die „Trickle-Down“-Theorie, welche suggeriert, dass es allen gut geht, wenn es den Reichen gut geht, nicht wahr ist. Die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Status quo könnte dann möglicherweise in einer sozialen oder politischen Revolution enden, welche die Reichen teuer zu stehen kommen könnte. Wie Walter Scheidel in „The Great Leveller“ gezeigt hat, gibt es in der Geschichte viele Beispiele dafür, wie eine wachsende Ungleichheit auf derartige Weise hinweggefegt wurde. Hoffentlich wird daraus der Schluss gezogen, dass es für die wirtschaftlich Mächtigen sinnvoll ist, kleine Opfer in Kauf zu nehmen, um potenziell viel größere zu vermeiden. Dies impliziert auch eine geringere politische Unterstützung für eine Politik, die Eigeninteressen begünstigt.

Auch die politische Leitung in den demokratischen Ländern muss wieder lernen, zu leiten. Insbesondere müssen sie versuchen, die Wähler von der Notwendigkeit zu überzeugen, bei der Festlegung der öffentlichen Politik längerfristige Ziele zu verfolgen. Wie Präsident J. F. Kennedy es in „Zivilcourage“ formulierte: „Das tun echte Staatsmänner, wenn das Volk die Absicht zu haben scheint, etwas gefährlich Törichtes zu tun“. Den Willen zum Handeln zu bringen, muss auch bei Unsicherheit über die beste zu verfolgende Politik einer politischen Untätigkeit vorzuziehen sein, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu katastrophalen Ergebnissen führen wird. Sobald Ziele vereinbart wurden und breite öffentliche Unterstützung erfahren, können Experimente und Anpassungen die öffentliche Politik weiter verfeinern, um diesen Zielen besser zu dienen.

Auch die derzeitigen Unternehmensführungs-Praktiken und institutionellen Vereinbarungen werden einige Änderungen erfordern. Pandemien und Umweltbedenken erfordern eindeutig eine globale Reaktion, sei es auf die Aufstellung einer globalen Vision als Leitlinie für Maßnahmen beschränkt oder auf die tatsächliche Lenkung solcher Maßnahmen ausgeweitet. Umgekehrt scheint es so zu sein, dass effektives Handeln oft das Handeln eher lokaler

Behörden involviert. In Zukunft würde eine solche „Barbell-Strategie“ erfordern, dass souveräne Staaten Macht an supranationale und subnationale Behörden abtreten.

Ob unter bestehenden oder verbesserten institutionellen Strukturen – „Veränderung zu verwirklichen“ erfordert ein hohes Maß an internationaler Zusammenarbeit. Gewünschte makroökonomische Veränderungen in einem Land könnten unerwünschte Auswirkungen auf andere Länder haben und zu Vergeltungsmaßnahmen und suboptimalen Ergebnissen führen. Regulatorische Lockerungen in einem Land könnten zu einem Wettlauf nach unten mit anderen Ländern führen. Die Verschärfung der Umweltkontrollen in einem Land könnte nur dazu führen, dass die Produktion in ein anderes Land verlagert wird. Kurz gesagt, kooperative Lösungen (denken Sie an das Gefangenendilemma-Spiel) bieten im Allgemeinen bessere Ergebnisse als Lösungen, die durch enge staatliche Interessen motiviert sind.

Obwohl es viele Hindernisse gibt, das erforderliche Maß an internationaler Zusammenarbeit zu erreichen, hat die Pandemie tatsächlich Anlass zu Optimismus gegeben. Ein beispielloses Maß an internationaler Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern hat Covid-19-Tests, verbesserte Gesundheitsverfahren und wirksame Impfstoffe in einem Tempo hervorgebracht, das alle bisherigen Erwartungen übertroffen hat.

Internationale Zusammenarbeit funktioniert auf dieser Ebene und kann auf anderen funktionieren. Darüber hinaus tragen diese Erfolge dazu bei, den Fatalismus früherer Generationen zu überwinden, welche die Auswirkungen von Pandemien im Wesentlichen außerhalb der menschlichen Kontrolle sahen. Das Versäumnis, Pandemien zu kontrollieren, wird zunehmend als politisches Versagen angesehen. Regierungen, welche die Vorteile einer internationalen Zusammenarbeit nicht nutzen, werden immer häufiger zur Rechenschaft gezogen.

Schließlich hat uns der globale Charakter der Pandemie an den globalen, ja existenziellen Charakter der anderen Herausforderungen erinnert, mit denen die Nationalstaaten derzeit konfrontiert sind. Diese globalen Probleme bedürfen dringender Lösungen auf der Grundlage globaler Zusammenarbeit. Wie Benjamin Franklin einmal an eine Gruppe amerikanischer Revolutionäre schrieb: „Gentlemen, wir müssen uns alle gemeinsam reinhängen, oder wir werden mit Sicherheit alle einzeln gehängt“. Vielleicht ist es diese Anerkennung, die den größten Anstoß geben wird, um auf internationaler Ebene „Veränderung zu bewirken“.

Hinweis: Dieser Überblick wurde ursprünglich im März 2021 vom Rat für Wirtschaftspolitik (CEP) veröffentlicht